

Solidarität mit den Protesten in Polen – gegen das Abtreibungsverbot

In Polen wurden vor Kurzem auch die letzten Möglichkeiten einer legalen Abtreibung abgeschafft. Am 22. Oktober erlies dort das Verfassungsgericht ein Urteil über die Zulässigkeit eines Schwangerschaftsabbruchs aus embryopathologischen Gründen. 98% der legalen Abtreibungen in Polen finden mit dieser Begründung statt. Die geplante Entscheidung stellt de facto das Ende aller legalen Abtreibungen in Polen dar.

Das Abtreibungsgesetz in Polen ist unmenschlich. Es zwingt Personen zur Ausreise für eine Abtreibung und treibt vor allem die ärmeren Personen, die eine Abtreibung benötigen und sich keine im Ausland leisten können, zu unsicheren Methoden. Sie bezahlen mit ihrer Gesundheit oder sogar mit ihrem Leben die rechtsextreme und sexistische Regierungspolitik.

Nach zahlreichen großen Protesten in Polen, sowie Frauenstreiks und auch internationaler Solidarität, wurde von der polnischen Regierung beschlossen, die Einführung des Abtreibungsverbots zu verzögern.

Dies sind jedoch keine guten oder erleichternden Nachrichten, sondern eine höchst besorgniserregende Taktik. Die Regierung erhofft sich damit, die Proteste zu schwächen und das Verbot dann einzuführen, wenn die mediale und gesellschaftliche Aufmerksamkeit für das Thema kaum noch gegeben sind. Gerade in Zeiten der Corona Pandemie, in der große Veranstaltungen verboten werden und Ausgangssperren verhängt werden, wird es der polnischen Regierung nicht schwer fallen, ihr Vorhaben durchzubringen.

Deshalb ist es nun mehr denn je wichtig sich lautstark mit der polnischen Bevölkerung zu solidarisieren. Die höchst gefährliche Taktik der polnischen Regierung muss sichtbar gemacht und öffentlich kritisiert werden.

Drastische Eingriffe in die Gesundheit, das Leben und die Rechte von Menschen, wie dieser, müssen bekämpft werden und dürfen nicht hingenommen werden. Der Kampf darf nicht nur den Betroffenen in Polen überlassen werden, sondern muss aktiv international mitgetragen werden.

Daher möge die erste ordentliche Sitzung der Universitätsvertretung der Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien beschließen

- Die ÖH Uni Wien solidarisiert sich öffentlichkeitswirksam mit den feministischen Protesten gegen das Abtreibungsverbot in Polen
- Die ÖH Uni Wien vernetzt sich mit polnischen Aktivist_innen und organisiert eine Corona konforme Veranstaltung für Studierende der Uni Wien zu den feministischen Protesten gegen das Abtreibungsverbot in Polen
- Die ÖH Uni Wien informiert die Studierenden über die aktuelle Lage in Polen und spricht sich öffentlich gegen das Abtreibungsverbot und die Verzögerungstaktik der polnischen Regierung aus